

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

### Amtsblatt

der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulinspektion und des Königlichen Hauptzollamtes zu Baugen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindeglieder des Bezirks.



### Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.  
Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Ullmarkt 15.  
Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 90 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21543. — Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64.  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5spaltige Grundzeile (Zm. Maste 25, oder deren Raum 30 Pfg., 4spaltige 20 Pfg., 3spaltige 17) 80 Pfg., die 2spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 2spaltige Zeile 50 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

## Wilson's neue Antwort.

### Der amtliche Wortlaut.

Washington, 23. Oktober. (W. I. B.) Der Staatssekretär gibt folgendes bekannt: Vom Staatssekretär ist an den Geschäftsträger der Schweiz, der zeitweilig mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen beauftragt ist, nachstehende Mitteilung gerichtet worden:

Staatsdepartement, den 23. Oktober 1918. Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 23. d. Mts. zu bestätigen, mit der Sie eine Mitteilung der deutschen Regierung vom 20. ds. Mts. übermittelten. Der Präsident hat mich mit der folgenden Antwort beauftragt:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und ausdrückliche Versicherung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie die Friedensbedingungen in einer Anrede an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und die Grundlagen der Friedensordnung in seinen späteren Ansprüchen, insbesondere der vom 27. September rückhaltlos annimmt, und daß sie in Erörterungen über die Einzelheiten ihrer Anwendung einzutreten wünscht, ferner daß dieser Wunsch und Zweck nicht von denen ausgeht, die bisher die deutsche Politik geführt und den gegenwärtigen Krieg für Deutschland geführt haben, sondern von den Ministern, die für die Reichsregierung sind, und die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sprechen und nachdem er ebenfalls das ausdrückliche Versprechen der gegenwärtigen deutschen Regierung erhalten hat, daß die deutschen Land- und Seestreitkräfte die Gefährdung der Menschheit und seiner zivilisierten Kriegsführung beobachten werden, glaubt der Präsident der Vereinigten Staaten es nicht ablehnen zu können, mit den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten verhandelt ist, die Frage eines Waffenstillstandes aufzunehmen.

Er hält es aber für seine Pflicht zu wiederholen, daß der einzige Waffenstillstand, den er sich berechtigt fühlen würde, der Erwägung zu unterbreiten, nur ein solcher sein könnte, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbündeten Mächte in der Lage setze, jede zutreffende Vereinbarung zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten deutscherseits unmöglich zu machen. Der Präsident hat deshalb seinen Notenwechsel mit den gegenwärtigen deutschen leitenden Stellen den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegsführende Mächte verbunden ist, übermittelt mit dem Anhelmsstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu erfuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbündeten Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, sofern sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten. Sollten solche Waffenstillstandsverhandlungen vorgelegt werden, so wird ihre Annahme durch Deutschland den besten und bündigsten Beweis dafür liefern, daß es die Grundbedingungen und Grundätze der ganzen Friedenssaktion unabweislich annimmt. Der Präsident würde der Aufrichtigkeit nicht zu genügen glauben, wenn er nicht so freimütig wie möglich den Grund dafür angäbe, daß außerordentliche Sicherheiten verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig auch die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß der Grundatz einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung bereits völlig durchgeführt ist, oder daß irgend welche Bürgerrechte dafür vorhanden sind oder erwogen werden, daß die jetzt teilweise verbindliche Grundatzidee und praktische Reform von Dauer sein wird.

Nach hat es nicht den Anschein, als ob der Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeit erreicht ist. Künftige Kriege sind jetzt wichtiger der Entscheidung des deutschen

Volkes unterworfen, nicht aber der gegenwärtige, und mit dem gegenwärtigen haben wir es gerade zu tun. Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk keine Mittel hat, die Unterwerfung der Militärbehörden des Reiches unter den Volkswillen zu erzwingen, daß der beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik ungeschwächt ist; daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herren von Deutschland gewesen sind. In der Überzeugung, daß der ganze Weltfrieden jetzt von offener Sprache und geradem Handeln abhängt, hält es der Präsident für seine Pflicht, ohne alle Versuche, das was schroff klingt, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind.

Und ich wiederhole, daß beim Friedensschluß und bei dem Unternehmen, die unendlichen Gewalttaten und Angelegenheiten dieses Krieges wieder gutzumachen, die Vereinigten Staaten einzig und allein mit denjenigen Vertretern des deutschen Volkes verhandeln können, die als wirkliche Beherrscher Deutschlands eine wahre verfassungsmäßige Stellung zugesichert erhalten haben. Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten verhandeln sollen, oder wenn es wahrscheinlich ist, daß sie später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu verhandeln haben würden, müssen sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Übergabe verlangen. Es kann nichts dadurch gewonnen werden, daß diese grundlegenden Dinge unausgesprochen bleiben.

Empfangen Sie mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung. g3: Lansing.

Berlin, 25. Oktober. (Priv.-Tel.) Zu dem Eindruck der amerikanischen Antwort sagt der „Volkswacht“: Es wird gut sein, auch nach Kenntnisnahme der neuesten Wilsonnote die Ruhe zu bewahren und sich nicht von den Empfindungen fortreißen zu lassen, die sich wohl in jedem deutschen Herzen unfehlbar auslösen werden. Was von uns verlangt wird, ist nicht mehr und nicht weniger als die Zustimmung dazu, daß wir uns einen Waffenstillstand auferlegen lassen, dessen Bedingungen ausschließlich von der Gegenseite zu diktiert sind und daß wir von vornherein erklären, einen Frieden annehmen zu wollen, dessen Einzelheiten gleichfalls von unseren Feinden festzusetzen sind. Die einzige Begrenzung dabei bildet, das Wilsonsche Programm in seiner Gesamtheit. Der Kriegsminister hat gestern im Reichstag erklärt, daß das deutsche Heer noch nicht geschlagen, die deutsche Heimat noch nicht zusammengebrochen ist. Bei dieser Lage der Dinge kann es nicht zweifelhaft sein, was die Ehre des deutschen Volkes jetzt gebietet.

In der „Nordb. Allg. Ztg.“ wird geschrieben: Wilson überläßt es den politischen und militärischen Ratgebern der Westmächte, seinen Anregungen Folge zu geben, wobei man jedoch annehmen kann, daß keine Stimme gehört werden wird, wenn er es wünscht. Deutschland erwartet also die Mitteilung, unter welchen Bedingungen die Feinde einen Waffenstillstand mit ihm schließen wollen und ob sie bereit sind, in Friedensverhandlungen auf dem Boden des Wilsonschen Programms einzutreten. Die Sorge aller Völker mußte es sein, zunächst den mörderischen Krieg zu beenden und dann das übrige im Geiste der Gerechtigkeit zu erledigen, so wie es Präsident Wilson fordert. Der Ausspruch über die innerdeutschen Angelegenheiten wird sich Deutschland nicht zu entziehen brauchen, wenn Wilson bereit ist, auch in dieser Frage eines seiner vornehmsten Prinzipien, das des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, zu wahren.

### Ein Appell Hindenburgs.

Berlin, 23. Oktober. (W. I. B.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat sich in einem Schreiben an den Reichstanzler wie folgt geäußert:

Unsere Feinde schöpfen aus unserer inneren Zerrissenheit und verzagten Stimmung neue Kraft zum Angriff, neue Entschlossenheit zu hohen Forderungen. Feinde und neutrales Ausland beginnen, was nicht mehr als ein Volk zu

sehen, das freudig alles fest an seine Ehre. Demgegenüber muß eine einheitliche vaterländische Stimmung in allen Stämmen und allen Schichten des deutschen Volkes lebendig werden und deutlich erkennbar in Erscheinung treten. In dem felsenfesten Willen des Volkes, gegen jede demütigende Bedingung sich aufs äußerste zu wehren, darf niemand zu zweifeln Veranlassung haben. Nur dann findet das Heer die Kraft, der Überzeugung zu frohen, nur dann finden unsere Unterhändler den Rückhalt für ihre schwere Aufgabe am Verhandlungstisch. Aberall muß der Wille zum Ausdruck kommen, daß es für das deutsche Volk nur zwei Wege gibt: Ehrenvoller Frieden oder Kampf bis zum äußersten. Das Vertrauen auf unsere gerechte Sache, der Stolz auf unsere gewaltigen Leistungen in vier Kriegsjahren gegen die stärkste Koalition der Geschichte und die unerschütterliche Zuversicht an des deutschen Volkes Zukunft mögen uns in den Frieden hinüberleiten und uns die Achtung vor uns selbst und die Achtung des Auslandes bewahren.

### Die Lebensmittelnot Deutsch-Osterreichs

Wien, 24. Oktober. Die tschechische Politik, die Deutschen durch Hunger zu Jugendsünden zu zwingen, tritt immer offener auf. Die Zweiganstalten der Wiener Lebensmittelzentrale in Böhmen und Mähren haben die Lieferungen eingestellt. Tschechische Bahnen verweigern jede Art von Lebensmitteltransport, auch in Form von Handgepäck. Dem Wiener Bürgermeister wurde tschechischerseits erklärt, daß Lebensmittel nach Wien nur gegen nationale Jugendsünden in Nieder-Osterreich zu haben sind. Die Absicht, Wien die Doppelsprachigkeit in den Ämtern aufzuzwingen und dort tschechische Schulen zu errichten, tritt dadurch offen hervor. Die Stadt Wien ist nur noch auf 14 Tage mit Brot und Mehl versorgt. Im ganzen sind kaum noch 10 000 Waggons verfügbar. Da auch Ungarn die Lieferungen eingestellt hat, steht Wien in den nächsten 14 Tagen vor einer Katastrophe von unabsehbaren Folgen.

### Deutsche Hilfe.

Wien, 24. Oktober. (W. I. B.) Den Blättern zufolge erklärte der deutsche Botschafter Graf Wedel gegenüber deutsch-österreichischen Parlamentariern, die in Ernährungsangelegenheiten bei ihm vorsprachen, daß die Konstituierung Deutsch-Osterreichs in ganz Deutschland begehrten Widerhall finde und von allen reichsdeutschen Parteien wärmstens begrüßt werde. Deutschland werde sein Möglichstes aufbieten, um Deutsch-Osterreich in seiner Ernährungslage zu unterstützen und ihm Getreide, Kartoffeln usw. zur Verfügung zu stellen.

### Der Staat Deutsch-Böhmen.

Die sämtlichen deutsch-böhmischen Reichsratsabgeordneten ohne Unterschied der Partei haben am Mittwoch nachmittag in Wien folgenden Beschluß gefaßt: „Die Reichsratsabgeordneten Deutsch-Böhmens haben im Namen des Volkes und im Verein mit den übrigen deutschen Reichsratsabgeordneten Österreichs am 21. Oktober die Konstituierung des Staates Deutsch-Osterreich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker vollzogen. Die Reichsratsabgeordneten Deutsch-Böhmens beschließen auf Grund eben dieses Selbstbestimmungsrechtes, die Konstituierung und Organisation Deutsch-Böhmens als Landesversammlung durchzuführen, und beauftragen einen Ausschuß von 12 Mitgliedern mit der schleunigen Vorlage der erforderlichen Anträge.“ Dieser Ausschuß trat sofort nach Schluß der Vollversammlung zusammen und wählte die Abgeordneten Pacher und Schäfer zu Vorsitzenden, sowie die Abgeordneten Dr. Herold und Hildebrand zu Schriftführern und setzte die Arbeitsordnung für die schleunige Erledigung seiner Aufgaben fest. — In Auffig findet am nächsten Sonntag eine außerordentliche Tagung des Deutschen Volksrates für Böhmen statt, die sich damit beschäftigen wird, die Schritte festzusetzen, die sofort zu tun sind, um das selbständige freie Deutsch-Böhmen zu verwirklichen.

### Tisza zur Vorgeschichte des Krieges.

Budapest, 23. Oktober. (W. I. B.) Im Laufe der Debatte über den vorläufigen Staatshaushalt erklärte Graf Tisza auch die Vorgeschichte des Krieges und erklärte, er